

2970/J XXI.GP
Eingelangt am: 23.10.2001

ANFRAGE

Der Abgeordneten Huber, Genossinnen und Genossen
an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie
betreffend angekündigter Schließungen von Postämtern.

Den Medien ist zu entnehmen, dass im Bezirk Bruck an der Mur acht Postämter geschlossen werden sollen.

Dieser Kahlschlag in unserer Region hat gravierende Nachteile für die Bevölkerung. In Sonntagsreden wird zwar immer wieder die Stärkung des ländlichen Raumes beschworen, in der Realität jedoch erfolgt ein Schlag nach dem anderen: Gendarmerieposten wurden geschlossen, das Bezirksgericht Mariazell, Schulen und das Finanzamt könnten folgen. Statt durch möglichst bürgernahe Leistungen die Funktion des ländlichen Raumes aufrechtzuerhalten, wird durch die bereits erfolgten und geplanten Schließungen die Lebensqualität in den weniger dicht besiedelten Gebieten weiter eingeschränkt.

Da die Postämter vor allem in der ländlichen Gegend einen wesentlichen Pfeiler der Infrastruktur darstellen, richten die unterzeichneten Abgeordneten daher an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie nachstehende

Anfrage:

1. Nach welchen Kriterien werden Postämter geschlossen?
2. Welche Parameter für die Berechnung der Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit der Postämter Kapfenberg - Hafendorf, Tragöß - Oberort, Etmißl, Au bei Aflenz, Wegscheid, Gollrad, Seewiesen und St. Lorenzen wurden angelegt?
3. Sind Sie der Ansicht, dass durch die Schließung von kleineren Postämtern die Lebensqualität im ländlichen Raum steigen wird?
4. Wenn ja: wie können Sie das begründen?
5. Wenn nein: welche Maßnahmen haben Sie zur Erhaltung der Lebensqualität in den betroffenen Gebieten vorgesehen?

6. Haben Sie überlegt, welche Auswirkungen die geplanten Schließungen auf den Wirtschaftsstandort haben?
7. Wie sehen Ihre Pläne zur Stärkung der Wirtschaftsstandorte Mariazellerland, Etmißl, Aflenz, Seewiesen, St. Lorenzen, Tumau und Tragöß aus?
8. Gibt es Überlegungen Ihres Ressorts, einer weiteren Ausdünnung des ländlichen Raumes entgegenzuwirken?
9. Was verstehen Sie unter der, von Ihnen angekündigten flächendeckenden Nahversorgung mit Postdiensten?
10. Können Sie die Qualität der flächendeckenden Postdienstleistungen weiterhin garantieren?
11. Welche Maßnahmen haben Sie für die betroffenen Mitarbeiter vorgesehen?
12. Welche Pläne haben Sie, um die drohenden Arbeitsplatzverluste für Vertragsbedienstete oder befristete Dienstverhältnisse zu verhindern?
13. Haben Sie Überlegungen für Ersatzarbeitsplätze?
14. Wann wird die Universaldienstverordnung endlich erlassen?